

Die Sportpauerschale von 50 Millionen € werden wir weiterhin so dotiert lassen. Was den Schulsport betrifft: Machen Sie sich dazu keine Sorgen. Ich bin mit Frau Kollegin Sommer im Gespräch. Wir werden natürlich versuchen, diesen sehr gut in der Zukunft zu entwickeln.

Für die Fußball-WM geben wir 4,3 Millionen € aus. Das ist ein großer Batzen. Wir haben eine weitere Fußball-Weltmeisterschaft, auf die wir uns freuen, nämlich die Weltmeisterschaft der geistig Behinderten. Wir haben die Weltreiterspiele. Wir haben die Feldhockey-Weltmeisterschaft. Und wir haben auch noch die Polizei-Europameisterschaft im Fußball. – Ein richtiges Jahr des Sportes. Wir freuen uns darauf! – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung zum Einzelplan 03.

Wir kommen zur **Abstimmung** zum **Einzelplan 03**, und zwar zunächst über die Änderungsanträge, die Sie der Übersicht unter den Nr. 29 bis 33 entnehmen können.

(Allgemeine Unruhe)

– Meine Damen und Herren, sind Sie bereit, abzustimmen? – Dann beginnen wir mit dem Antrag laufende Nr. 29, Titelgruppe 60 Titel 68 460, einem Antrag der Fraktion der SPD. Sie finden diesen **Antrag** unter **Drucksache 14/1688**. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und Grüne. Wer ist dagegen? – Das sind CDU und FDP. Gibt es Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nr. 30, einem **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1770**. Wer ist für diesen Antrag? – Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das sind die CDU- und die FDP-Fraktion. Wer enthält sich? – Es gibt keine Enthaltungen. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zum Antrag mit der laufenden Nr. 31. Hierbei handelt es sich um einen **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1823**. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und Grüne. Wer ist dagegen? – Das ist die Koalition. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zum **Antrag** mit der laufenden Nr. 32 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1781**. Wer ist für diesen Antrag? – Das sind wieder die beiden Oppositionsfraktionen. Wer ist dagegen? – Das sind die beiden Regierungsfraktionen. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur laufenden Nr. 33, ebenfalls einem **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/1783**. Wer ist für diesen Antrag? – Das sind die beiden Oppositionsfraktionen. Wer ist dagegen? – Das sind die beiden Regierungsfraktionen. Gibt es Enthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zur Abstimmung über den Einzelplan 03 entsprechend der Beschlussempfehlung 14/1711. Wer ist für den Einzelplan 03? – Das sind die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Wer ist dagegen? – Das sind SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Einzelplan 03** entsprechend der Beschlussempfehlung **angenommen**.

(Beifall von CDU und FDP)

– Dass ich hier noch einmal Beifall erhalte!

(Heiterkeit – Rudolf Henke [CDU]: Und dann von dieser Seite!)

Meine Damen und Herren, ich rufe das

Gemeindefinanzierungsgesetz

auf und weise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/1717 sowie die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den laufenden Nrn. 34, 35 und 115 hin.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die Beratung und erteile als erstem Redner dem Abgeordneten Körfges für die SPD-Fraktion das Wort.

(Unruhe – Glocke)

Hans-Willi Körfges (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe viel Verständnis dafür, dass sich die Kollegen der Koalitionsfraktionen beim Thema „Gemeindefinanzen“ gerne geräuschlos aus dem Saal entfernen möchten,

(Beifall von der SPD – Zurufe von CDU und FDP: Oh!)

bitte allerdings darum, dass das dann wirklich in der angemessenen geringen Lautstärke erfolgt.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter, auch wenn Sie dafür Verständnis haben, dass die Kolleginnen und Kollegen herausgehen, habe ich kein Verständnis dafür, dass sie das so laut tun. Ich wäre dankbar, wenn Sie den Saal etwas leiser verließen

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

und die Gespräche beenden würden.

Hans-Willi Körfges (SPD): Die Haltung der SPD-Fraktion zum Gemeindefinanzierungsgesetz kann, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht losgelöst von der Gesamtsituation der Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen erläutert werden. Diese Situation ist nach wie vor durch schwierige finanzielle und strukturelle Probleme in den meisten Kommunen unseres Landes gekennzeichnet. Der Einfluss des Landeshaushalts auf die Kommunen geht weit über den Bereich, der mit dem GFG zur Entscheidung ansteht, hinaus.

Erlauben Sie mir deshalb zunächst einige Anmerkungen zu den Kürzungen im Landeshaushalt, die außerhalb der Zuweisungen des GFG stattfinden, und zu deren Einflüssen auf die Kommunen und Kommunalfinanzen:

Das, was der Entwurf des Landeshaushalts den Kommunen in den Bereichen GTK, Landesjugendplan, Familien- und Altenhilfe, Krankenhäuser und Wohnungsbau, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist nicht hinnehmbar.

(Beifall von der SPD)

Insoweit kann es eigentlich niemanden verwundern, wenn sich in Nordrhein-Westfalen eine breite Front der Kritik gegen diese Kürzungen, die unmittelbar auf die Kommunen durchschlagen, gebildet hat. In den Beratungen des Kommunal Ausschusses sowie des Haushalts- und Finanzausschusses haben wir zahlreiche Beispiele dafür angeführt, dass sich in den Kommunen partei- und fraktionsübergreifend ein deutlicher Protest gegen diese Politik der Landesregierung erhoben hat. Dies schlägt sich in zahlreichen Resolutionen von Stadträten und Kreistagen nieder.

Zwischenzeitlich ist es beinahe einfacher und kürzer, die Kommunen aufzuzählen, in denen es entsprechende Willensbildungen gegen diese Pläne im Landeshaushalt nicht gibt. Das lässt sich besonders für den Bereich der Kindertagesstätten und den Landesjugendplan feststellen.

Angeichts der unterschiedlichen strukturellen Voraussetzungen in den einzelnen Gebietskör-

perschaften unseres Landes, meine Damen und Herren, fördern Sie durch Ihre Regierungspolitik zudem die Uneinheitlichkeit der Lebensbedingungen in Nordrhein-Westfalen. Dort wo die Menschen mit den schwersten Problemen zu kämpfen haben und die Kommunen aufgrund ihrer strukturellen Probleme die geringsten Möglichkeiten besitzen, wirkt Ihre Politik am verheerendsten für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

(Beifall von der SPD)

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass beim Besuch des Herrn Ministerpräsidenten beim Städtetag der Jubel keinen Anfang nehmen wollte.

(Lachen und Beifall von der SPD)

Stattdessen gab es eine sehr eigenartige Aufführung. Ich bedanke mich ganz ausdrücklich bei den kommunalen Vertretern auch und gerade aus dem Lager der CDU, die sehr deutlich gemacht haben, dass es sich um keine parteipolitisch motivierte Kritik, sondern um eine einheitliche Kritik der Städte und Gemeinden in unserem Land gehandelt hat.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, statt sich mit dieser Kritik angemessen auseinander zu setzen – das ist eben bereits in einem anderen Zusammenhang diskutiert worden und war so schön –, hat der Ministerpräsident – das muss man noch einmal betonen – auch heute wieder überreagieren lassen. Heute war nämlich der „Rheinischen Post“ zu entnehmen, dass Herr Rüttgers sauer ist und die Vertreter des Städtetages in Zukunft von den Beratungen des CDU-Arbeitskreises „Kommunales“ ausgeschlossen sind.

Das war – ich sehe, dass sich dort jemand freut – im wahrsten Sinne des Wortes „ganz schön wüst“. Darüber hinaus war dem gleichen Artikel zu entnehmen, dass Herr Laschet dem Städtetag schlechten Stil vorgeworfen hat. Über Stilfragen kann man immer streiten. Allerdings müssen sich die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen von dieser Landesregierung einen Umgang nach Gutsherrenart nicht gefallen lassen.

(Beifall von der SPD)

Ich erlaube mir an der Stelle den Hinweis, dass Majestätsbeleidigung in Deutschland seit 1918 nicht mehr unter Strafe steht.

(Beifall von der SPD)

Ihr Umgang mit Städten und Gemeinden ist, vorsichtig ausgedrückt, gewöhnungsbedürftig. Die Art

und Weise, wie Sie auf berechtigte Kritik reagieren, ist kein Zeichen von Souveränität, ist kein Zeichen von Sicherheit,

(Edgar Moron [SPD]: Richtig!)

sondern ist ein Zeichen von Machtverliebtheit und wenig Verständnis für die Situation unserer Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Das steht natürlich nur als Beispiel für den Gesamtstil Ihrer Politik.

Konnexität, ein weiteres beliebtes Stichwort. Mit den Auswirkungen Ihrer Politik und dem Konnexitätsprinzip halten Sie es wohl auch nicht so genau. Mit Datum vom 10. April 2006 hat sich die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände wegen der Konnexitätsrelevanz des Schulrechtsänderungsgesetzes an die Landesregierung und die Fraktionen gewandt. Wie dem Antwortschreiben zu entnehmen war, hat das die Landesregierung offensichtlich überrascht, meine Damen und Herren. Ich kann Ihnen nur sagen: Bezogen auf die Kommunen überrascht uns bei dieser Landesregierung überhaupt nichts mehr.

(Beifall von der SPD)

Lassen Sie mich auch darauf hinweisen, dass die geplante Änderung der Gemeindeordnung hinsichtlich des Gemeindefinanzrechtes, der wirtschaftlichen Betätigung der Gemeinden, auf massive Kritik trifft, die auf dem Städtetag artikuliert worden ist. Hier wird unter dem Motto „Privat vor Staat“ aus ideologischen Gründen eine wichtige kommunale Aufgabe infrage gestellt.

Meine Damen und Herren, Zeitungslernen bildet: Ich habe dann nach dem Landesparteitag der FDP der überörtlichen Presse entnehmen dürfen, dass die NRW-Liberalen mit der CDU glücklich sind. Mit glücklichen Verbindungen ist das so ein Ding. Ich habe manchmal den Eindruck, die FDP ist glücklich und die CDU ist gebunden. Das gilt gerade auch für die Frage des Gemeindefinanzrechtes.

(Beifall von der SPD)

Wir haben heute Morgen – ein weiteres Beispiel für Ihre Gemeindefreundlichkeit – eine Sondersitzung des HFA durchführen müssen, weil – man höre und staune – übersehen worden ist, dass eine von den Koalitionsfraktionen eingebrachte Änderung des Haushaltsbegleitgesetzes ohne die erforderliche Anhörung der kommunalen Spitzenverbände erfolgen sollte.

Richtig ist, meine Damen und Herren – jetzt komme ich zum engeren Bereich des GFG –, dass es dort eine Reihe von systematischen Änderungen gibt, die von den Kommunen – das haben wir bei der Anhörung der kommunalen Spitzenverbände deutlich festgestellt – mitgetragen werden. Dies gilt für den Abrechnungszeitraum, der den tatsächlichen Steuereinnahmen aus dem Referenzzeitraum entsprechen soll, sodass nachträgliche Abrechnungen entfallen.

Umstritten ist die Abkehr von der Spitzabrechnung zur Ermittlung des Solidarbeitrages. Hier hat zwar die Gemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände eine eindeutige Meinung abgegeben. Aber so ganz eindeutig war sie auf Nachfragen hin nicht.

Allerdings, meine Damen und Herren – da ergibt sich der Zusammenhang zu dem, was ich gerade ausgeführt habe – ist von den Kommunen ganz einhellig der Wunsch artikuliert worden, die Abrechnung des kreditierten Betrages auf mehrere Jahre zu strecken. Wenn man das GFG in Anbetracht der Steuererwartungen, die auch für die Gemeinden positiv sind, isoliert betrachten würde, wäre das ein Punkt, bei dem man über den Wunsch der Städte und Gemeinden geteilter Ansicht sein könnte.

In Anbetracht dessen, unter Würdigung aller Bezüge zwischen Land und Gemeinden, ergibt sich für uns zwingend, dass wir diesem Wunsch der Kommunen nach Entlastung folgen sollten. Wir waren nach der eindeutigen Anhörung zum GFG der Ansicht, dass die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen hier von sich aus die nötigen Konsequenzen ziehen würden, insbesondere weil mittelfristig nur ein Zinsverlust, der angesichts der relativ positiven Einnahmeerwartungen überschaubar ist, droht. Aus diesem Grunde haben wir im Kommunalausschuss und im HFA jeweils dem Antrag der Kolleginnen und Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen zugestimmt.

Sie dürfen uns beim Wort nehmen: Wir kommen auf diesen Punkt zurück. Leider ist absehbar, dass Ihre Haltung in dieser Frage nicht veränderlich ist. Deshalb werden wir dem GFG in der vorliegenden Form insgesamt nicht zustimmen.

An der Stelle will ich mich auch nicht an Spekulationen über die Entwicklung in den kommenden Jahren beteiligen. Die Tatsache, dass die Zweckzuweisungen nicht mehr im GFG veranschlagt werden, ist derzeit für die Kommunen finanzneutral. Wir erwarten allerdings von der Landesregierung, dass diese Zweckzuweisungen auch künftig von Kürzungen ausgenommen bleiben und dass

darüber hinaus der Anteil der Gemeinden und Gemeindeverbände am Steueraufkommen auf Dauer auch in den kommenden Jahren prozentual auf gleicher Höhe bleibt wie im Augenblick.

(Norbert Post [CDU]: Anders als bisher!)

– Kollege Post, das war zwar eine nette, aber leider nicht zutreffende Zwischenbemerkung.

Lassen Sie mich im Ergebnis festhalten, dass es im laufenden Jahr in Nordrhein-Westfalen eine Menge Anlass zum Feiern geben wird: Wir freuen uns alle auf ein Landesjubiläum, das hoffentlich würdig begangen wird. Wir freuen uns auf die Fußballweltmeisterschaft. Es gibt allerdings ein kleines Jubiläum, das kein Anlass zur Freude ist: Nach einem Jahr schwarz-gelber Landesregierung, meine Damen und Herren, haben die Kommunen in Nordrhein-Westfalen keinerlei Grund zum Feiern. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Als nächster Redner hat der Abgeordnete Wüst von der CDU-Fraktion das Wort.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Zuruf von der SPD: Den General müsst ihr doch verstecken!)

– Das scheint Begeisterung auszulösen.

Hendrik Wüst (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich wie immer über die Begeisterung, wenn ich zum Rednerpult gehe.

(Gisela Walsken [SPD]: Das bleibt nicht so, Herr Kollege!)

Ich wollte eigentlich die Grünen loben; die sind in freudiger Erwartung und haben in der Tat ein Lob verdient. Ich versuche, das auch wirklich ohne Ironie zu machen: Was man am Wochenende zu Ihren Gedanken zum Haushalt gelesen hat, verdient ernststen Respekt. Nach einem Jahr in der Opposition werfen Sie, wie ich finde, früh genug, um sich vor dem nächsten Wahlkampf ehrlich zu machen, den Ballast der alten Regierungsbeteiligung über Bord. Das verdient Anerkennung.

(Gisela Walsken [SPD]: Aha! – Zuruf von der SPD: Was ist das denn?)

Es hat etwas lange gedauert, das muss man sagen. Selbst grüne Finanzpolitiker – also Ihre Parteikollegen – haben schon 2003 nachweislich so gedacht, wie die Regierung Rüttgers mit Finanz-

minister Linssen heute handelt. 2003 schon hat Oswald Metzger sein Buch „Einspruch! Wider den organisierten Staatsbankrott“ herausgegeben.

„Organisierter Staatsbankrott“ – zehn Jahre lang haben sich die Grünen an dieser zugegebenermaßen straffreien Form organisierter Kriminalität zulasten der kommenden Generationen beteiligt.

In diesen Tagen werden Sie quasi zum Aussteiger. Sie schließen sich damit als dritte Kraft CDU und FDP in diesem Hause an, den schweren Weg der Konsolidierung mitzugehen. Zumindest sagen Sie das. Ich möchte das gerne glauben, denn tätige Reue soll man unterstützen und nicht verhindern.

Um solide Finanzpolitiker zu werden, müssen Sie noch etwas üben. Die Grünen schlagen vor, die Kreditierung zu strecken. Das Problem steckt darin, dass sie keine Deckung für die fehlenden Einnahmen im Jahre 2006 haben. Das war an anderer Stelle schon heftig umstritten. Es hat offensichtlich nicht dazu geführt, dass Sie Ihren Fehler eingesehen haben.

Sie wollen die 674 Millionen € splitten, wollen von den Kommunen 337 Millionen € im Jahre 2006 und 337 Millionen € im Jahre 2007 zurück. Aber die volle Tilgung ist im Haushalt als Einnahme etatisiert. Wenn Sie die Einnahme halbieren, dann müssen Sie schon mitteilen, wo Sie die Deckung herholen. In Ihrer Rechnung fehlen am Ende diese 337 Millionen im Jahre 2006. Sie müssen dann in gleicher Höhe mehr Schulden machen. Das wollen wir nicht.

Sie verletzen damit das Jährlichkeitsprinzip und den Grundsatz der Ausgeglichenheit. Das gute Motiv lautet: Sie wollen sich ehrlich machen. Üben ist allerdings noch angesagt. Wenn Sie von den Grünen anders tilgen wollen, ist das in Ordnung. Sie müssen jedoch die gerade aufgeworfene sachliche Frage beantworten und um diese Klippe herumfahren, um am Ende im Club der Konsolidierer, Reformierer und Modernisierer der neuen Landesregierung aufgenommen zu werden. Allerdings muss ich zugestehen: Bei den Grünen ist da wenigstens noch Hoffnung.

Herr Körfges hat einige Dinge gerade für die SPD klargestellt. Es wird deutlich: Da bleibt alles beim Alten. Alles, was die Sozialdemokraten an Geld in die Finger bekommen, alles, was Frau Kraft, was Frau Walsken in die Hände bekommen, muss raus. Mehr Steuereinnahmen am Horizont: Raus damit! Der letzte Funke Leben aus dem BLB: Raus damit! Hoffnung auf bessere Entwicklung im Länderfinanzausgleich: Raus damit! Sie betreiben weiter den organisierten Staatsbankrott. Sie ma-

chen den Staat kaputt, von dem Sie an anderer Stelle Unmögliches verlangen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, dieses eine Jahr schwarz-gelber Regierung ist ein gutes Jahr für die Kommunen. Herr Körfges, deswegen werden die Kommunen am 22. Mai mit uns feiern. Was Sie eben aus der Haushaltsausschusssitzung von heute Morgen zitiert haben, beruht offensichtlich auf einer selektiven Wahrnehmung. Es wurde uns auch gesagt, dass wir mit der Geschichte, über die wir heute gesprochen haben, auf dem richtigen Weg sind.

Genauso sind wir auf dem richtigen Weg mit dem Verbundsatz von 23 %. Dieser 23%-Verbundsatz ist ein ehrlicher Verbundsatz, kein schön gerechneter, wie es früher bei Rot-Grün war. Die vergifteten Geschenke namens Kreditierung, die immer auch eine Wette auf bessere Einnahmen in den Folgejahren sind, haben ein Ende.

Gestern erst hat das Kabinett das Standardbefreiungsgesetz beschlossen. Ein so weitreichendes Gesetz ähnlicher Zielrichtung gibt es nirgendwo sonst in der Bundesrepublik Deutschland.

Wir geben den Kommunen mehr Luft zum Atmen, wir geben ihnen mehr Freiheit. Unsere Kommunalpolitiker sind klug genug, damit weise umzugehen.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Warum laden Sie dann den Städtetag nicht mehr ein?)

Deswegen werden wir alle gemeinsam am 22. Mai ein Jahr bessere Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen feiern. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter Wüst, Sie haben eben einer Fraktion dieses Hauses eine Form organisierter Kriminalität vorgeworfen. Ich finde, das ist nicht sehr parlamentarisch. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie so etwas künftig vermeiden würden. – Das war jetzt eine sehr zurückhaltende Anmerkung.

Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Abgeordneter Becker das Wort.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer heute Morgen die Sitzung des Finanzausschusses zu dem Thema „Kürzungen bei den Schülerbeförderungskosten“ erleben konnte und jetzt den Kollegen Wüst hören durfte, musste oder sollte wie ich, der kann das Ganze nur unter die Überschrift subsumieren: Zu-

nächst einmal kräftig kürzen, dann teilweise zurücknehmen, dann ausgewählte Zitatstücke, Versatzstücke benutzen und die dann als Lob von Dritten verkaufen. – Das geht an der Wirklichkeit vorbei, meine Damen und Herren. Das trifft nicht das, was Sie mit den Kommunen machen.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Genau!)

Sie kürzen den Kommunen die Gelder. Sie sind nicht auf dem richtigen Weg, sondern Sie haben mit dem, was Sie gemacht haben, den Weg einer Teilumkehr beschritten. Und das ist heute Morgen mit dem ausdrücklichen Hinweis konstatiert worden, dass das nicht reiche und dass das, was Sie vorgenommen haben, kommunalfeindlich sei.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Erst holt man dem Bauern das Schwein aus dem Stall, dann bringt man drei Koteletts zurück!)

Meine Damen und Herren, die Beratung zum GFG 2006 hat deutlich gemacht: Wahlversprechen sind von gestern. Heute zählt die Devise: Augen zu und durch! CDU und FDP ziehen ihre Vorhaben durch. Unberührt von den vielen Stellungnahmen der Kommunen, von den Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände, Briefen, Protesten: In der Koalition ist man offensichtlich der Auffassung, man könne sich das erlauben!

Meine Damen und Herren, ich kann mir das nur so erklären, dass Sie hoffen, dass man sich in wenigen Jahren nicht mehr daran erinnert, wenn die Wahlen sind, dass Sie jetzt hoffen, weit genug von den Wahlen weg zu sein.

Ich sage Ihnen: Wer sich in der kommunalen Szene umhört, wer auch mit Vertreterinnen von CDU, quer durch die Bank in Kreisen, Städten und Gemeinden redet, der kommt zu dem Ergebnis: An Ihrer Basis ist Aufruhr.

Wer den Städtetag erlebt hat und wer sich die Dünnhäutigkeit, die ich auch jetzt wieder beobachte, anschaut, der muss zu dem Ergebnis kommen: Die Kritik des Städtetages hat ins Schwarze getroffen, hat Sie getroffen. – Nicht, dass Sie jetzt umkehren, dass Sie sich das etwa zu Herzen nehmen würden: Nein, Sie laden kommunale Spitzenverbände bei Gesprächen über Dinge aus, die diese berühren.

Meine Damen und Herren, festzuhalten ist: Die Kommunen erhalten mit dem GFG 2006 weniger Geld als 2005. Festzuhalten ist: Entgegen den Beteuerungen der Koalition haben Sie faktisch den Verbundsatz um 1,1 Prozentpunkte gesenkt. Das heißt, der Anteil der Kommunen am Steueraufkommen wurde gesenkt. Einzig die System-

umstellung führt dazu, dass der Steuersatz, der Verbundsatz optisch in diesem Jahr erhalten bleibt. Einzig die Systemumstellung führt dazu.

Auch bei der Systemumstellung, die in der Sache richtig ist, haben Sie die Kommunen ein Stück weit über den Tisch gezogen. Sie wissen ganz genau, dass Sie sich für die Systemumstellung das Jahr 2004 mit dem letzten Quartal und das Jahr 2005 mit den ersten drei Quartalen genommen haben.

Wenn Sie das spitz durchrechnen, kommen Sie zu dem Ergebnis, dass Ihnen am Ende 39 bis 40 Millionen in der Landeskasse verbleiben, die nach Ihren eigenen Steuerschätzungen für 2006 nach dem alten System den Kommunen hätten zugute kommen müssen. Das haben Sie für sich einkassiert.

Meine Damen und Herren, wer dann weiß, dass Sie die Kreditierung in diesem Jahr vollkommen zulasten der Kommunen zurückfordern, dem wird Mehreres klar:

Erstens. Sie werden im nächsten Jahr mit dem Argument kommen, dass die 680 Millionen € nicht mehr für die Kommunen anstehen und deswegen ein komplett gleicher, absoluter Betrag im Verbund für die Kommunen in Ordnung wäre. Ich sage Ihnen voraus: Das ist die Vorbereitung zur Senkung des Verbundsatzes in Prozenten. Sie werden ihn nur in absoluten Beträgen stabil halten, und mehr werden Sie nicht tun.

Zweitens. Ihr ganzer Popanz der Neuverschuldung, die Sie weniger betreiben würden als die alte Regierung, bricht spätestens dann zusammen, wenn Sie sich allein die kommunale Komponente anschauen. Es war ursprünglich, nachdem Sie Ihren Nachtragshaushalt für 2005 vorgelegt hatten, sogar eine Kreditierung von 400 Millionen € für die Kommunen vorgesehen gewesen. Davon sind faktisch 140 Millionen € übrig geblieben, die Sie im letzten Jahr nach dem alten Haushalt geben mussten, und Sie fordern aus diesem Jahr 2005 und aus den Vorjahren insgesamt 680 Millionen € zurück. Bereinigen Sie die Nettoneuverschuldung des Landes um jeweils diese beiden Beträge und vergleichen das mit dem tatsächlichen Kassenschluss 2005, dann kommt heraus, dass von Ihrer Schimäre der gesenkten Neuverschuldung unter dem Strich nichts übrig bleibt. Mit anderen Worten: Sie haben die gesamte Finanzoperation nur auf Kosten der kommunalen Finanzen durchgeführt.

Meine Damen und Herren, es geht nicht nur um gebrochene Versprechen, es geht auch um die mangelnde Verlässlichkeit, um den drastischen

Einbruch im gegenseitigen Vertrauen zwischen Kommunen, kommunaler Ebene und Landesregierung. Es geht auch darum, dass die kommunalen Finanzen weiterhin drastisch schlecht sind und eigentlich verbesserte Landeszuweisungen nötig machen.

Wenn ich in den alten Protokollen der letzten Jahre, als ich dem Landtag noch nicht angehört habe, nachlese, was Ihre finanz- und kommunalpolitischen Sprecher hier zum Besten gegeben haben und Sie gleichzeitig über die Verschuldung des Landes lamentiert haben, also was wussten Sie, was auf Sie zukommt, wenn Sie die Regierung übernehmen würden, dann kann ich Ihnen nur sagen: Es ist genau wie an anderen Punkten: Versprochen und gebrochen!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben sich unter Vortäuschung von Wahlversprechen, von denen Sie wussten, dass Sie sie nie einhalten, diesen Wahlsieg erschlichen.

Meine Damen und Herren, die Finanznot der Kommunen führt zu einem erheblichen Investitionsstau in den Kommunen, sodass wichtige Investitionen in die Erneuerung der kommunalen Infrastruktur wie Schulen, sonstigen Gebäuden und Einrichtungen seit Jahren unterblieben sind, weiter unterbleiben und auch weiter verschoben werden.

Es ist bekannt: Die kommunale Szene war auch mit Rot-Grün nicht nur glücklich. Aber ich sage Ihnen noch einmal: Wer da auf Sie und auf diese schwarz-gelbe Koalition Hoffnungen gesetzt hat, ist bitter enttäuscht. Sie wissen das. Sie kennen die Resolution aus den Kommunen. Sie wissen, dass zum GFG, zu all den Rahmenbedingungen, die Sie auch im Kinder- und Jugendbereich vorgenommen haben,

(Beifall von den GRÜNEN)

Resolutionen auch von CDU-Mehrheiten, teilweise sogar von absoluten Mehrheiten unterstützt worden sind. Ich selber komme aus einem Kreis, wo wir mit allen vier Fraktionen trotz absoluter Mehrheit der CDU eine solche Resolution verabschiedet haben.

Wenn Sie hier so tun, als ob das alles fehlgeleitete Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker wären, kann ich Ihnen nur sagen: Die Protokolle sind dann aufschlussreich. Die muss man dann verschicken. Ich empfehle sie dann auch den Kolleginnen und Kollegen vor Ort zum Nachlesen. Was Sie da Ihren eigenen Parteifreunden attestieren, ist kein Kompliment. Ich glaube, das fällt auf Sie zurück.

Meine Damen und Herren, im Gesetzentwurf war nach Ihren Vorstellungen vorgesehen, dass die gesamte Kreditierung im Jahr 2006 zurückgezahlt werden soll.

Wir haben Ihnen – wie auch die kommunalen Spitzenverbände – vorgeschlagen, dass das auf zwei Jahre gestreckt werden soll; die kommunalen Spitzenverbände haben eigentlich sogar drei Jahre gewünscht. Wir haben gesagt: Um die eigentliche Nettobelastung des Landeshaushaltes – der Rest sind operative Spielchen, die wir hier lassen können – in Grenzen zu halten, bedarf es einer Zinslast von 14 Millionen €, wenn wir diese Kreditierung strecken wollen. Diese 14 Millionen € sind im Verhältnis zu dem Geld, das Sie an anderen Stellen zum Fenster hinauswerfen – sei es beim Flughafen Münster, sei es bei den Landwirtschaftskammern –, Peanuts, wenn Sie auch nur ansatzweise Ihrem eigenen Anspruch eines kommunalfreundlichen Handelns nachkommen wollten. – Sie tun es nicht. Sie haben auch da das Motto: Augen zu und durch!

Meine Damen und Herren, auch die gesamten GTK-Fragen, auch die gesamten Geschichten rund um die Kinder- und Jugendgesetzgebung und die Kinder- und Jugendzuschüsse machen eins deutlich: Sie kürzen, Sie nehmen dann an manchen Stellen Kürzungen teilweise zurück, und Sie rühmen sich hinterher dafür. Das wird der Wirklichkeit genauso wenig gerecht wie Ihr Umgang mit der kommunalen Szene an einem anderen Punkt. Auch das will ich im Kontext der Beratungen zum GFG erwähnen:

Wenn wir uns die Latte an Ankündigungen zur Reform der Gemeindeordnung seit dem letzten Sommer angucken, kann ich nur feststellen: Es ist bis jetzt nichts als heiße Luft,

(Beifall von den GRÜNEN)

es ist nichts als Verunsicherung der Kommunen, und es ist nichts außer – ich muss es so deutlich sagen – der Ankündigung von kommunalfeindlichem Handeln im Wesentlichen einer Horde wild gewordener Liberaler,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

die meinen, sie müssten „Privat vor Staat“ auf jeder Ebene durchdeklinieren, die meinen, sie müssten ihre fundamentalistischen Spielchen in Nordrhein-Westfalen betreiben

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

und die ganz offensichtlich angestachelt durch den liberalen Bedeutungsverlust im Bundesrat, seitdem die letzten Landtagswahlen in zwei Bun-

desländern zu ihrem Regierungsverlust geführt haben, hier nochmals mit Herrn Westerwelle im Rücken als Scharfmacher auftreten.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie kommen doch in kein Parlament mehr rein!)

Ich kann nur sagen: Die CDU ist klug beraten, wenn sie sich in Zukunft davon distanziert, was Sie da veranstalten; denn Sie müssen auf der kommunalen Ebene keinerlei Verantwortung dafür tragen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die FDP ist so gut wie nirgendwo in der kommunalpolitischen Verantwortung. Sie hat nicht auszubaden, was Sie hier mit § 107 veranstalten wollen, was sich drastisch für die Kommunen und die kommunalen Finanzen auswirkt, was sich drastisch für die Beiträge, die Gebühren, die Fahrpreise im ÖPNV und auf vieles mehr auswirkt. Wie weit das geht, habe ich in einer der letzten Sitzungen anlässlich der Frage des steuerlichen Querverbands und des Verhaltens von Innenminister Wolf in der Innenministerkonferenz dargelegt.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Noch nicht einmal da sind Sie den Weg gegangen, den Bayern, den Baden-Württemberg, den alle Regierungen der CDU gegangen sind. Sie haben auch das auf dem Altar von Innenminister Wolf, Herrn Papke und anderen Leuten, die diesen wild gewordenen Kurs, von dem ich eben sprach, seit Monaten verfolgen, geopfert.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Sie haben angekündigt, Sie wären kommunalfreundlich – Sie sind kommunalfeindlich! Sie haben angekündigt, den Kommunen würde es besser gehen. – Es geht ihnen schlechter!

Sie haben angekündigt, es würde in den nächsten Jahren konstant und berechenbar sein. – Berechenbar ist offensichtlich nur, dass Sie auch noch die Grunderwerbsteueranteile der Kommunen kürzen und damit weitere 145 Millionen € streichen wollen. Sie haben angekündigt, Sie wären aufseiten der Kommunen. – Sie befinden sich aber aufseiten einer wild gewordenen Privatisierungspartei.

All das gibt in Ihren eigenen Reihen Anlass zu Protest. Es gibt Anlass zu viel Sorge, wie ich von vielen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpo-

litikern der CDU weiß. Ich betone noch einmal: Machen Sie einen Kurswechsel!

(Holger Ellerbrock [FDP]: Nein, bloß nicht!)

Machen Sie das, was Sie angekündigt haben! Gehen Sie auf die Kommunen zu! Ansonsten werden Sie das Problem nicht los, dass insbesondere mit wachsender Nähe zu den Kommunalwahlen Ihre Bürgermeister immer mehr sagen – das tun Sie jetzt noch hinter vorgehaltener Hand und nur selten laut –, dass sie von einer kommunalfeindlichen Landesregierung, wie Sie sie darstellen, maßlos enttäuscht sind. – Schönen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Ralf Witzel [FDP]: Völliger Blödsinn!)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun möchte sich gern für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Engel äußern. Sie haben das Wort.

Horst Engel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir befassen uns heute im Plenum zum zweiten Mal mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz für das Jahr 2006. Die Landesregierung hat systematisch das Gemeindefinanzierungsgesetz auf völlig neue Beine gestellt. Die Verteilung der finanziellen Mittel ist im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs transparenter, gerechter und planbarer gestaltet worden mit dem Ziel, die kommunale Selbstverwaltung zu stärken. Dabei bleibt der kommunale Anteil an den Steuereinnahmen des Landes mit 23 % konstant. Das hätten die Herren Vorredner auch einmal erwähnen können.

Ich möchte die wesentlichen Neuerungen aufgrund ihrer großen Bedeutsamkeit noch einmal nennen.

Erstens: Ableitung des Steuerverbundbetrages auf Basis des Ist-Steueraufkommens für den Referenzzeitraum 1. Oktober 2004 bis 30. September 2005. Das bedeutet – das habe ich schon einmal gesagt – mehr Planbarkeit für die Kommunen.

(Beifall von Rainer Lux [CDU] – Gegenrufe von SPD und GRÜNEN)

– Herr Lux hat Recht mit seinem Beifall. Das bedeutet mehr Planbarkeit für die Kommunen.

Zweitens: Beibehaltung des Verbundbetrags mit 23 %. Das heißt mehr Gerechtigkeit.

Drittens: Abbau der Befrachtung um fast 50 % auf 166 Millionen €. Das bedeutet mehr Transparenz für die Kommunen.

Viertens: Abschaffung zweckgebundener Zuweisungen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz durch Verlagerung in den Landeshaushalt. Das bedeutet Stärkung der Eigenständigkeit für die Kommunen.

Herr Becker, ich kann überhaupt nicht erkennen, wo Sie es hernehmen wollen, dass wir eine kommunalfeindliche Politik machen. Aber zu Ihnen komme ich am Ende noch einmal ganz persönlich.

(Martin Börschel [SPD]: Oh! – Dr. Axel Horstmann [SPD]: Oh, eine Drohung!)

– Keine Drohung, das war nur eine nette Ankündigung.

Fünftens: Systemumstellung bei der Solidarbeitragsbeteiligung. Das bedeutet Abbau überbordender bürokratischer Verfahren.

Sechstens: Schwerpunktlegung der verteilbaren Verbundmasse mit über 85 % auf die Schlüsselzuweisungen. Diese konsumtiven Gelder – das wissen Sie – fließen damit direkt in die klammen Verwaltungshaushalte unserer Kommunen. Das bedeutet Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung mit mehr Eigenständigkeit und mit mehr Eigenverantwortlichkeit.

(Martin Börschel [SPD]: Ach, Herr Engel!)

Siebtens: Erhöhung der Sonderpauschalen auf 510 Millionen €. Bei der Schulpauschale werden erstmals 70 Millionen € als konsumtive Zuweisung ausgewiesen. Damit wird der Kritik des Landesrechnungshofes vollständig entsprochen. Das bedeutet Ehrlichkeit in der Mittelzuweisung an die Kommunen.

Wie ich bereits in meiner Rede zur ersten Lesung hier im Plenum gesagt habe, begrüße ich als kommunalpolitischer Sprecher die genannten Änderungen des GFG. Daran hat sich auch nach Anhören der kommunalen Spitzenverbände im Fachausschuss nichts geändert, sodass Nachbesserungen seitens der Regierungsfractionen nicht erforderlich sind.

Ich sage an der Stelle noch einmal: Wir haben ein ausgezeichnetes Verhältnis zu den kommunalen Spitzenverbänden.

(Lachen von Bodo Wißen [SPD] und Martin Börschel [SPD])

Wir pflegen den Kontakt. Es gibt Gespräche ohne Ende. Herr Köfges und Herr Becker, Sie haben aus der „Rheinischen Post“ zitiert. Sie hätten eigentlich weiter lesen und zitieren können – Herr Laschet wird im Weiteren genannt –, wie oft dort

bereits konsultiert wurde, wie oft man sich dort unterhalten hat. Also, man braucht die Sache beim Städtetag wirklich nicht zu übertreiben.

Meine Damen und Herren, trotz des Anstiegs der wichtigsten kommunalen Einnahmequelle, nämlich der Gewerbesteuer, bleibt die Finanzlage in unseren Kommunen angespannt. Das wissen wir. Die kommunalen Spitzenverbände haben in ihrer gemeinsamen Stellungnahme zum Gemeindefinanzierungsgesetz darauf hingewiesen, dass die Zahl der Kommunen, die sich in einem Haushalts-sicherungskonzept beziehungsweise in einer vorläufigen Haushaltsführung befinden, gegenüber dem Vorjahr sogar noch angestiegen ist. Nach meiner Kenntnis waren es per Monatsende März 201 von 396 Kommunen.

Deshalb haben sie darum gebeten zu prüfen, ob die Rückzahlung der Finanzausgleichskredite aus früheren Steuerverbänden in Höhe von 674,4 Millionen € auf mehrere Finanzausgleichsjahre verteilt werden kann. Die kommunalen Spitzenverbände haben einen zeitlichen Rückzahlungskorridor bis 2007 vorgeschlagen.

Wir haben uns mit diesem Prüfauftrag intensiv auseinander gesetzt und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass wir die vollständige Rückzahlung des Landesdarlehens in diesem Jahr vornehmen. Ein solches Landesdarlehen entspricht nicht unseren Vorstellungen von einem transparenten und klar strukturierten Haushalt. Allein vor diesem Hintergrund müssen wir die Altlasten der rot-grünen Vorgängerregierung so schnell wie möglich abbauen.

(Beifall von der FDP)

Wir Liberale haben damals die Kreditierung abgelehnt, da bereits zum damaligen Zeitpunkt absehbar war, dass die Rückzahlung der Kreditierung von den Kommunen schwer zu schultern sei. Genauso ist es jetzt auch. Die Rückzahlung von über 674 Millionen € bedeutet einen großen Kraftakt, zumal die verteilbare Verbundmasse um 8,8 % geringer ausfällt als im Jahr 2005.

Sie, meine Damen und Herren vom Bündnis 90/Die Grünen, wollen sich jetzt, da Sie sich auf der Oppositionsbank befinden, als Freunde der Kommunalpolitik aufspielen. Anders kann man Ihren Antrag auf Abrechnung der Kreditierung über mehrere Jahre ohne entsprechenden Gegenfinanzierungsvorschlag, Herr Becker, nicht verstehen. Deshalb bin ich auch froh, dass Ihr Antrag im Haushalts- und Finanzausschuss nicht angenommen worden ist.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle eine Bemerkung. Wieso haben Sie in Ihrer zehnjährigen Regierungszeit nicht ein Herz für die kommunale Familie entdeckt?

(Horst Becker [GRÜNE]: Damals war ich eben noch nicht im Landtag! – Allgemeine Heiterkeit)

Nicht ein einziges Mal!

Herr Becker, ich komme nun zu Ihnen; ich hatte es ja angekündigt. Sie haben vorhin die Liberalen als Horde wild gewordener Liberaler bezeichnet. Ich möchte das wirklich mit dem Ausdruck der Empörung zurückweisen, wobei Empörung, Herr Becker, in der 13. Legislaturperiode bei Herrn Remmel zu Hause war. Der hat das aber besser gemacht. Ihre Versuche, sich als neuer empörungspolitischer Sprecher in der 14. Legislaturperiode zu gerieren, funktionieren nicht. Herr Remmel hat das viel besser gemacht, aber ist jetzt auch, Herr Remmel, viel ruhiger geworden.

Ich will auch einige Worte an die SPD-Fraktion richten. Wo sitzt Herr Körfges?

(Hans-Willi Körfges [SPD] winkt von seinem Platz aus.)

– Da oben ist er. – Herr Körfges, ich freue mich darüber, dass Sie einige Systemumstellungen wie die Ableitung des Steuerverbundbetrages auf Basis des Ist-Steueraufkommens begrüßen und mittragen. Bedauerlich ist nur, dass Sie sich auch für eine zeitlich gestaffelte Rückführung der Kreditierung aussprechen. Das haben Sie noch einmal gesagt. Ich hätte von Ihnen erwartet, dass Sie sich an die damalige Abmachung – Rückzahlung der Restkreditierung in 2006 – halten.

In Anbetracht der schwierigen Finanzlage des Landes können keine finanziellen Wohltaten erwartet werden. Wer geht auch davon aus? Wir haben es aber geschafft, dass das Land seiner Verpflichtung aus Art. 79 der Landesverfassung nachkommt, im Rahmen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit einen übergemeindlichen Finanzausgleich zu gewährleisten. Das war möglich, indem sich der kommunale Finanzausgleich durch das Gemeindefinanzierungsgesetz auf seine wesentlichen Funktionen konzentriert.

Es ist klar – das hat auch schon der Innenminister in seiner Einbringungsrede zum Gemeindefinanzierungsgesetz gesagt –, dass die strukturellen Veränderungen des GFG nicht überall auf Zustimmung bei den Kommunen im Lande treffen werden. Denn die Operation lautete: Wie können wir diejenigen mit den schwachen Schultern etwas besser stellen, und wie können wir die anderen

belasten? Zwei Drittel aller Kommunen konnten wir besser stellen. Das wissen Sie. Das GFG 2006 stellt eine Mischung aus notwendiger Neuorientierung und Kontinuität dar; seine Wirkung wird vor Ort sicherlich noch gebührend anerkannt.

Wir werden Ihren Änderungsanträgen aus diesem Grunde nicht zustimmen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Für die Landesregierung hat Innenminister Dr. Wolf das Wort.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit voller Genugtuung und mit großer Gelassenheit können wir feststellen: Das ist ein GFG aus einem Guss. Da nutzen auch die Provokationen von Herrn Becker nichts. Er versucht, mit bundespolitischen Ausflügen Aufmerksamkeit zu erregen. Wir können in aller Gelassenheit feststellen: Grüne gibt es in keiner Landesregierung mehr, auch nicht mehr in der Bundesregierung, und das ist gut so.

(Beifall von der FDP)

Wenn ich über das GFG spreche, komme ich schnell zu der Erkenntnis: transparenter, gerechter und planbarer. Wir haben – dafür bin ich sehr dankbar – an vielen Stellen Zustimmung erfahren. Das ist bei der Umstellung des Referenzzeitraums der Fall gewesen. Ein Redner hat festgestellt, es war nicht der richtige Zeitpunkt. – Interessant. Für die Opposition ist es nie der richtige Zeitpunkt. Es hätte längst gemacht werden müssen. Wir haben mit dem Vor- und Zurückrechnen beim GFG Schluss gemacht. Jetzt haben wir eine saubere Berechnungsgrundlage.

Wir haben die Befrachtungen um 50 % reduziert. Und zur Kommunalfreundlichkeit gehört natürlich auch, dass wir ein Ärgernis beseitigt haben. Zu den 158 Millionen € – Stichwort: Straßenbauverwaltung – haben die Kommunen immer gesagt: Das kann doch nicht auf unseren Schultern abgeladen werden.

Auch die Eingliederung der Zweckzuweisungen aus dem GFG in den Landeshaushalt ist folgerichtig. Auf diese Art und Weise kommen wir auf 85 % allgemeine Zuweisungen. Der goldene Zügel ist also ganz weit zurückgeführt. Die Kommunen erhalten das Geld zur eigenen Verwendung. Das ist genau der richtige Weg.

Wir haben nach wie vor einen Verbundsatz von 23 %. Das kann sich sehen lassen, und wir haben einen Verzicht auf das Solidarbeitragsgesetz ausgesprochen. Es ist anerkannt worden – auch von Herr Körfges – dass das der richtige Weg ist. Eine Privilegierung ist aufgehoben. Auch das sehen wir als richtigen Weg an.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Am Ende dreht es sich, wenn man über das GFG spricht, 2006 in erster Linie um die Kreditierung. Meine Damen und Herren von Rot-Grün, das ist wieder nach dem Motto: Haltet den Dieb! Erst eine katastrophale Fehlentscheidung – Kollege Engel hat es gesagt –, und dann spielt sich das Land als Bankier auf, obwohl es bis unter die Halskrause verschuldet ist, und sagt: Wir kreditieren euch 674 Millionen €, und ihr müsst sie 2006 zurückzahlen. Genau die, die nun in der Opposition sitzen, haben das so beschlossen. Wir lösen das ein. Was damals falsch war, ist auch jetzt noch falsch, und deswegen reparieren wir das.

(Beifall von CDU und FDP)

Leider ist der Herr Präsident nicht mehr anwesend, Frau Präsidentin. Sonst hätte ich mich gerne an ihn gewandt; denn Sie haben nicht versucht zu rügen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Es tut mir Leid. Ich kann Ihnen nicht weiterhelfen.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Herr Vesper, Sie mögen es nachlesen: Der Terminus „organisierter Staatsbankrotteur“, den der geschätzte Kollege Wüst zu Recht angesprochen hat, ist überhaupt nicht zu rügen. Diese Aussage ist weder strafrechtlich noch sonst irgendwie relevant. Es ist eine richtige Feststellung: Politische Bankrotteure versuchen uns beizubringen, wie Haushaltspolitik geht. – Das funktioniert nicht. Wir werden zum Wohle der Kommunen auf unserem Weg zielsicher weitergehen. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Wolf. – Herr Börschel hat für die Fraktion der SPD ums Wort gebeten. Er bekommt es als nächster Redner. Bitte schön.

Martin Börschel (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich war der Beitrag des Kollegen Körfges so erschöpfend, dass für die SPD-Fraktion alles gesagt gewesen wäre,

(Zurufe von der CDU)

– freuen Sie sich nicht so früh! –, wenn mich nicht die bemerkenswerten Beiträge des geschätzten Kollegen Wüst, des Kollegen Engel und vor allem des Herrn Landesinnenministers bewogen hätten, das eine oder andere doch noch klarzustellen. Wenn der Landesinnenminister ein GFG mit einem mehrfachen Hinweis auf demonstrative Gelassenheit verteidigt und diese Gelassenheit daraus herleitet, dass die Grünen in keiner Landesregierung mehr und auch nicht mehr in der Bundesregierung vertreten sind, ist das schon bemerkenswert. Immerhin ist auch die FDP in der Bundesregierung derzeit nicht vertreten. Selbst die Bundeskanzlerin ist mittlerweile der Auffassung, dass das sehr gut ist.

(Beifall von der SPD)

Auch daraus könnte man eine gewisse Gelassenheit herleiten. Aber Sie, Herr Minister Wolf, haben schlicht und einfach nicht zum Thema geredet. Das enttäuscht die kommunale Seite sehr.

Das, was insbesondere Kollege Wüst zum Besten gegeben hat, würden Psychologen wahrscheinlich als „konstruierte Wirklichkeit“ bezeichnen: Wie male ich mir eine schöne Welt, wie ich sie gerne haben will?

(Beifall von der SPD)

Das steht üblicherweise vielleicht Generalsekretären zu; aber wenn Sie hier als Plenarredner das Wort ergreifen, um die kommunale Seite des Landeshaushalts zu beleuchten, geht das doch ziemlich am Thema vorbei. Sie fabulieren davon, Herr Kollege Wüst, dass den Kommunen mehr Freiheit gegeben werde, dass den Kommunen eine bessere Ausstattung zuteil werde, dass die Kommunen insgesamt durch Ihr Haushaltsgesetz und die Begleitmaßnahmen gestärkt würden.

Das kann stärker an der Wirklichkeit nicht vorbeigehen. Das muss man sehr deutlich sagen. Es ist richtig, dass das GFG nicht der Hauptschauplatz der Kritik aller Beteiligten ist. Der Verbundsatz bleibt, jedenfalls derzeit, bei 23 %. Wir werden sehr genau darauf achten, ob das auch in Zukunft so ist, ob Sie Wort halten und den Verbundsatz dabei belassen. Es ist auch richtig, dass die Zweckzuweisungen zunächst ungekürzt in die Fachressorts übertragen worden sind. Die große Frage ist natürlich auch hier: Werden Sie in Zukunft bei den restriktiven Top-down-Vorgaben des Landesfinanzministers Wort halten und dafür sorgen können, dass die Zweckzuweisungen im allgemeinen Haushalt ungekürzt verbleiben, oder ist das nur die erste Stufe in eine Kürzung?

Schon beim Wegfall des interkommunalen Ausgleichs im Solidarbeitragsgesetz haben Sie sich natürlich einer Operation bedient, die es in sich hat. Die einen besser und die anderen schwächer zu stellen, heißt, einen Keil in die kommunale Seite zu treiben. Es ist unanständig, dass Sie versuchen, sich dafür zu rühmen, die eine Seite besser zu stellen, während Sie dafür sorgen, dass die kommunale Seite die Kritik, die sie richtigerweise äußert, nicht geschlossen artikulieren kann.

Deswegen gilt festzuhalten – das ist eben schon deutlich geworden und wird auch bei den späteren Einzelplänen noch thematisiert werden –: In diesem gesamten Landeshaushalt sind die Kleinen die größten Verlierer. In der Frage der kommunalen Seite ist das besonders Perfide daran, dass sie diese Kürzungen insbesondere bei den Kleinen über die kommunale Seite organisieren. Es ist in der Tat perfide, dass Sie sowohl im GTK, im Landesjugendplan, in der Familien- und Altenhilfe, bei den Krankenhäusern, im Wohnungsbau kürzen – das waren einige Beispiele, die Kollege Körfges schon genannt hat – und dann scheinheilig sagen: Die kommunale Seite kann es doch auffangen, wenn ihr das so wichtig ist. Die können doch wieder zusetzen in ihren kommunalen Haushalten, wenn sie meinen, an der Stelle müsste man einen Schwerpunkt setzen. – Das sagen Sie, obwohl Sie ganz genau wissen, dass die Hälfte aller nordrhein-westfälischen Kommunen entweder im Haushaltssicherungskonzept oder gar im Nothaushalt ist. Deswegen ist das, was Sie hier tun, unehrlich und unlauter. Das muss man an dieser Stelle auch offen sagen.

(Beifall von der SPD)

Nicht nur, dass Sie unmittelbar auf der Leistungsseite kürzen, sondern Sie ziehen den Kommunen auch noch die Beine weg. Sie sorgen dafür, dass Hilfe zur Selbsthilfe nicht funktionieren kann, wenn Ihre Vorstellungen bei der wirtschaftlichen Betätigungsfreiheit der Kommunen wahr werden. Lassen Sie davon ab, wie es Ihnen auch die kommunalen Spitzenverbände sagen. Deswegen meine Bitte und der Appell der SPD-Fraktion: Gehen Sie doch wenigstens mit offenem Visier an diese Fragen heran! Stellen Sie sich der Kritik offen, wie sie beispielsweise der Deutsche Städtetag artikuliert hat, und seien Sie nicht bockig und dünnhäutig, sondern laden Sie weiterhin die Kolleginnen und Kollegen ein, damit Sie wenigstens direkt und unmittelbar wissen, wie die kommunale Seele tickt und wie die tatsächlichen Sorgen und Nöte sind!

Deswegen halte ich es da – das mache ich nicht immer – mit unserem Oberbürgermeister aus

Köln, der vollkommen zu Recht diese Kürzungen der Landesregierung auf die kommunale Seite bezogen für schlimm hält hat und deswegen eine Umkehr fordert. An der Stelle stimme ich Herrn Oberbürgermeister Schramma als neuem Präsidenten des Landesstättetages ausdrücklich zu. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Börschel. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Kollege Lux das Wort.

Rainer Lux (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst feststellen, damit das nicht untergeht in diesem Hohen Hause, dass dieses GFG dem entspricht, was wir zu Beginn der Legislaturperiode versprochen haben, nämlich, dass es für die Kommunen transparenter, gerechter und planbarer geworden ist.

(Beifall von Johannes Remmel [GRÜNE])

Herr Körfges, Herr Becker, lassen Sie mich gleich eines richtig stellen, wenn Sie vom Verbundsatz von 23 % reden und dazu sagen, hier wäre in Wirklichkeit der Verbundsatz gekürzt worden: Es ist mehrfach darauf hingewiesen worden, dass im Entwurf dieses GFG die Befrachtungen – die stellen nichts anderes dar als eine Absenkung des Verbundsatzes, weil die Kommunen dann für ihre eigenen Aufgaben nicht 23 % der Gemeinschaftssteuern erhalten – um 50 % zurückgefahren worden sind und deswegen den Kommunen mehr Geld zur Verfügung steht als in der Vergangenheit.

Wenn Sie dann die Situation der Kommunen beklagen, wie schwierig es die Kommunen haben, ihre Aufgaben zu erfüllen, glaube ich, Sie haben vergessen, in welcher Zeit, unter welcher Regierung die Kommunen in diese Finanzlage gekommen sind. Wenn Sie verfolgen, wie viele Kommunen sich in der Haushaltssicherung oder gar im Nothaushaltsrecht befinden, was meinen Sie, wie viele Kommunen in den letzten zehn Jahren in der Zeit Ihrer Regierung dort hineingekommen sind? Stetig mehr, und das unter Beteiligung der Grünen!

(Beifall von der CDU)

Herr Becker, Sie machen es sich zu einfach, wenn Sie sagen: Das lag daran, dass ich damals noch nicht dabei war.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Die Grünen sind damals beteiligt gewesen und tragen wesentlich Mitverantwortung dafür, dass sich die Kommunen heute in einer so schlechten Lage befinden. Ich sage deutlich: Es ist hanebüchen, wenn Sie heute Anträge einbringen und fordern, dass die Kreditierungen auf Dauer hinausgeschoben, halbiert und auf das nächste Jahr verlagert werden. Sie, Rot und Grün, haben in den vergangenen Haushaltsgesetzen beschlossen, dass die Kreditierungen in 2006 von den Kommunen zurückzuführen sind. Das sind Ihre Beschlüsse im Parlament, und heute tun Sie so, als hätten Sie damit nichts zu tun.

(Beifall von CDU und FDP)

Herr Becker, Sie können doch nicht in Anspruch nehmen, dass die Kommunalpolitiker der CDU unzufrieden wären mit dem, was dieses GFG für die Kommunen bedeutet. Ich nehme häufig an den Landesvorstandssitzungen unserer kommunalpolitischen Vereinigung teil. Ich bin selber Fraktionsvorsitzender. Ich kenne mich ziemlich gut aus in der kommunalen Szene der CDU. Ich bilde mir auch ein, dass ich die besser beurteilen kann als Sie. Ich kann Ihnen sagen, dass grundsätzlich die Verantwortlichen der CDU in den Kommunen sehr damit einverstanden sind, was an Verbesserungen passiert.

Dass in Teilbereichen Kritik geübt wird, wenn Belastungen beschlossen werden, ist völlig natürlich. Es wäre unverständlich, wenn kommunale Vertreter sagen würden: Das finden wir ganz toll; wir fordern noch mehr davon. Aber wenn man es insgesamt beurteilt, ist sicher die Zufriedenheit aufseiten der CDU entschieden stärker als die Kritik, die Sie unterstellen.

Lassen Sie mich noch eines zur Mitgliederversammlung des Deutschen Stättetages sagen. Ich habe Sie bei der Versammlung gar nicht gesehen. Sie waren, glaube ich, gar nicht da. Ich habe die Versammlung von Anfang bis Ende verfolgt und die streitbaren Punkte miterlebt. Herr Körfges, ich kann Ihnen nur sagen, dass es bei der Kritik des Ministerpräsidenten an der Rede des amtierenden Präsidenten des Deutschen Stättetages erheblichen Beifall von den CDU-Delegierten dort gegeben hat. Es gab keine einhellige Kritik am Ministerpräsidenten, wie Sie sie unterstellt haben, sondern das Gegenteil war der Fall. Der Ministerpräsident hat für seine Kritik an der Rede von Herrn Langemeyer erheblichen Beifall in der Versammlung bekommen. Das können Sie aber nur wissen, wenn Sie da waren.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Deswegen lädt er den Stättetag auch aus!)

Ich habe sowieso festgestellt, dass Sie Ihre Informationen vorzugsweise nicht aus der Wirklichkeit, sondern aus der Zeitung beziehen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Unglaublich!)

Diesbezüglich komme ich auf einen Artikel in der „Rheinischen Post“ zu sprechen. Sie sagen dort, Herr Wüst hätte gesagt, der Deutsche Städtetag sei von Gremien ausgeschlossen. Wenn Sie den Artikel wirklich gelesen hätten und nicht nur dabei geblieben wären, Überschriften zu lesen, dann hätten Sie festgestellt: Herr Wüst wird zitiert, dass wir vor den Sitzungen mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbänden auch unter uns tagen wollten. – Ist es nicht selbstverständlich, dass eine Arbeitsgruppe der Landtagsfraktion auch ohne Begleitung von außen diskutiert? Das haben wir in der Vergangenheit so gehalten, und das werden wir auch in Zukunft so halten.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Wird nur noch schlimmer! – Weitere Zurufe von der SPD)

Auch zukünftig werden selbstverständlich Gespräche mit Vertretern der kommunalen Spitzenverbände geführt. Das war in der Vergangenheit so, ist in der Gegenwart so und wird auch in Zukunft so sein. Nichtsdestotrotz – das sage ich ganz deutlich – halten wir überhaupt nichts davon, wenn auf Versammlungen kommunaler Spitzenverbände einseitige Schuldzuweisungen erfolgen. Deswegen sollte man deutlich machen, dass wir in Zukunft ein gehöriges Maß an Ausgewogenheit auch bei diesen Stellungnahmen – die haben wir bei der Rede von Herrn Langemeyer sehr vermisst – erwarten. Aber das hat nichts damit zu tun, dass es nach wie vor eine vernünftige, vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der CDU-Fraktion und den kommunalen Spitzenverbänden geben wird.

Lassen Sie mich zum Schluss Folgendes sagen: Sie werden trotz allen Geredes nicht daran vorbeikommen, festzustellen, dass dieses Gemeindefinanzierungsgesetz, das erste der schwarz-gelben Koalition, dadurch besticht – was überall anerkannt wird –, dass es die ganz wesentlichen Voraussetzungen erfüllt, transparenter, gerechter und planbarer zu sein.

Ich sage noch einmal: Sie sollten nicht hinter irgendwelchen Geschichten, die Sie hier aufbauen, verdecken, dass die kommunalen Spitzenverbände, dass die Kommunen sehr damit zufrieden sind, dass der Referenzzeitraum geändert worden ist und damit diese Einnahmen der Kommune zukünftig planbar sind, dass sie nicht mit dem Damoklesschwert der Kreditierung leben müssen, und vor allem – darauf weise ich als CDU-

Vertreter mit vollem Stolz hin –, dass wir es geschafft haben, den Kommunen 85 % der Mittel zur freien Verfügung zu stellen. Das ist eine uralte Forderung der CDU. Deswegen bedanke ich mich ganz deutlich bei dieser Landesregierung, dass dies so schnell umgesetzt wurde. Wir können auf dieses Gemeindefinanzierungsgesetz stolz sein.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Lux. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Becker das Wort.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Kollege Lux, Sie reden von vertrauensvoller Zusammenarbeit mit kommunalen Spitzenverbänden.

(Hendrik Wüst [CDU]: Das kennen Sie gar nicht!)

– Doch, ich kenne das gut, nicht nur deswegen, weil ich seit 20 Jahren in der Kommunalpolitik tätig bin, sondern auch sehr intensiv aus den letzten Monaten. Die Verbände suchen nämlich das Gespräch mit uns, weil Sie eben nicht vertrauensvoll mit ihnen zusammenarbeiten. Ich möchte Ihnen nur wenige Stichpunkte nennen. Wo sehen Sie die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem kommunalen Spitzenverbänden bei der Abschaffung der Schulbezirke? Wo sehen Sie die gute, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden bei dem Schleifen des § 107 der Gemeindeordnung? Wo sehen Sie die gute, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden beim Schleifen des steuerlichen Querverbundes?

(Zurufe von der CDU)

Wo sehen Sie die gute, vertrauensvolle Zusammenarbeit, Herr Lux, bei dem, was Sie im Sparkassengesetz mit dem Stammkapital vorhaben, was man Ihnen vonseiten des rheinischen und westfälischen Sparkassengiroverbandes sowie der kommunalen Spitzenverbänden sozusagen mehr oder weniger um die Ohren gehauen hat? Wo sehen Sie die? Ich sehe die nicht. Ich sehe kommunale Spitzenverbände, die über Ihre Rolle nach dem, was Sie in all den Jahren der Opposition behauptet haben und jetzt in der Praxis vollführen, tief verstört sind.

Ich sehe kommunale Spitzenverbände, die sich bei Ihnen darüber beschweren, dass Sie die Schülerbeförderungskosten streichen, die sich beschweren, dass Sie im GTK-Bereich erhebliche Sachmittelkürzungen vornehmen, die sich be-

schweren, dass Sie im Weiterbildungsbereich erhebliche Streichungen vornehmen zulasten der VHS, insbesondere im ländlichen Raum. Ich erlebe, dass man sich darüber beschwert, dass Sie Ihre eigenen Ankündigungen im Jugendhilfebereich unisono nicht einhalten.

Wenn Sie das ernsthaft zum Anlass nehmen, von einer guten, vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden zu reden, dann haben Sie die Stellungnahmen nicht gelesen, nicht zur Kenntnis genommen, oder Sie haben einen Traum geträumt, in dem Sie gut vorkommen, aber der Rest der Welt das alles akzeptieren muss, was Sie hier veranstalten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Weitere Wortmeldungen liegen mir zum Gemeindefinanzierungsgesetz nicht vor, sodass wir am Schluss der Beratung sind.

Wir kommen damit zur **Abstimmung** zum **Gemeindefinanzierungsgesetz**, und zwar zunächst über die Änderungsanträge entsprechend den laufenden Nummern 34, 35 und 115 der vorliegenden Übersicht.

Ich lasse über den **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Gemeindefinanzierungsgesetz **Drucksache 14/1774** abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD mit den Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, ich lasse nun über den **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Drucksache 14/1775** abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist dieser Antrag gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD mit den Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, damit kommen wir zur Abstimmung über den **Antrag Drucksache 14/1769**. Antragstellerin ist ebenfalls die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Dieser Antrag ist heute als Tischvorlage verteilt worden. Wer dem Antrag zustimmen möchte, bitte Hand aufzeigen! – Gegenstimmen? – Dann ist der Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, weitere Änderungsanträge zum Gemeindefinanzierungsgesetz liegen mir für die zweite Lesung nicht vor.

Damit lasse ich über das Gemeindefinanzierungsgesetz Drucksache 14/1102 entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 14/1717 abstimmen. Wer dem Gemeindefinanzierungsgesetz so zustimmen möchte, bitte Hand aufzeigen! – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist das **Gemeindefinanzierungsgesetz** mit den Stimmen von CDU und FDP

(Beifall von CDU und FDP)

gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **angenommen**.

Über die Rücküberweisung des Gemeindefinanzierungsgesetzes werden wir morgen am Schluss der Beratung aller Einzelpläne entscheiden.

Meine Damen und Herren, bevor ich Einzelplan 05 aufrufe, gestatten Sie mir einen Hinweis. Ich hatte heute zwei Besuchergruppen. Diese und, wie mir der Besucherdienst bestätigt hat, auch alle anderen Besuchergruppen haben heute sehr den Ablauf der Plenardebatte kritisiert. Vielleicht gelingt es uns bei den verbleibenden Punkten, den Rednern etwas mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Deshalb bitte ich alle, die den Raum verlassen wollen, dies leise zu tun und nicht in Grüppchen das Gespräch zu suchen.

Meine Damen und Herren, ich rufe **Einzelplan 05** auf:

Ministerium für Schule und Weiterbildung

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung Drucksache 14/1705, die Änderungsanträge der SPD mit den Nrn. 36 bis 41 und die Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den Nrn. 42 und 43.

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Beratung und gebe als erster Rednerin für die Fraktion der SPD der Kollegin Schäfer das Wort.

Ute Schäfer (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich bedanke mich noch einmal für Ihren Hinweis, Frau Präsidentin, dass Sie dem Einzelplan 05 besondere Bedeutung beimessen. Ich freue mich auch, dass das Auditorium etwas größer ist als bei den anderen Einzelplänen. Der Stellenwert ist da richtig angesetzt.

Ich möchte aufnehmen, was vorhin schon von Herrn Becker und zuvor von vielen anderen formuliert worden ist. Auch für den Einzelplan 05 gelten die Wörter: „versprochen – gebrochen“.

(Beifall von der SPD)

Diese Wörter ziehen sich tatsächlich wie ein roter Faden durch Ihr Regierungshandeln. Für den Bil-